

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüel, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Vahlbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 8

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Freitag, den 10. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten und „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Haag begannen zwischen der deutschen und der französischen Vertretung die ersten Besprechungen der Sanctionsangelegenheit unter Zugrundelegung der den Deutschen überreichten französischen Anregungen.

* Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses erließ ein Schreiben an die Reichsregierung, in dem eine gezielte und bessere Festlegung der Kleinrentnerhilfe gefordert wird.

* Im Untersuchungsausschuss über die Raiffeisen-Affäre erklärte der als Hauptschuldiger geltende Uralzew, ihn treffe weniger die Verantwortung als die Leitung der Raiffeisenbank, die ihn hineingelegt habe.

* Die Befragung des deutschen Fischdampfers „Senator Mommensen“, die den dänischen Schoner „Olga“, der hilflos im Sturm trieb, nach einem norwegischen Hafen brachte, soll von der dänischen Regierung für diese Heldentat eine Ehrengabe erhalten.

„Es muß etwas geschehen!“

„Amerita, du hast es besser...“ Denn als vor einiger Zeit der große Rheinortler Börsenkrach die Verunsicherung auslöste — und sie war durchaus nicht unberechtigt —, daß als nächste Folge dieser Kiesenbaisse auch eine allgemeine Wirtschaftsdpression eintreten würde, hat der Präsident Hoover sofort und energisch zugegriffen, eine große Konferenz der bedeutendsten Wirtschaftsführer und Finanzleute einberufen und dort ein Programm entwickelt und annehmen lassen, für das sehr große staatliche und private Mittel zur Verfügung gestellt wurden und das mit Hilfe dieser einen Rückgang der Produktion infolge der zu befürchtenden Absatzeinschränkung verhindern sollte. Produktionsrückgang muß ja zu einer qualitativen und quantitativen Einschränkung der Massenfähigkeit, damit also auch zu einem wachsenden Niedergang des Massenabsatzes führen. Das schnelle und energische Zugreifen des Präsidenten, der eine bedingungslose Unterstützung durch die amerikanische Finanz und Wirtschaft gefunden hat, erzielte den Erfolg, daß der schwere Stoß jener ungeheuerlichen Welle aufgefangen und abgeschwächt werden konnte.

Das war freilich nur möglich unter Einsetzung gewaltiger Kapitalkredite. Und die haben wir ja in Deutschland nicht; dafür aber haben wir seit langem eine immer schlechter werdende Wirtschaftskontunktur, deren Abgleiten in den letzten Wochen zum schweren Sturz führte. Trotz des verhältnismäßig milden Winters gibt es in Deutschland um die Jahreswende mit weit über zwei Millionen Arbeitslosen sehr viel mehr Unbeschäftigte als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Entsprechendes gilt von der Zahl der Konsumtur, Zwangsvergleiche, sonstiger Infolvenzen und — nicht zuletzt für die Lage auch in der Landwirtschaft bezeichnend — für die Zwangsvollstreckungen. „Es muß etwas geschehen“ wird jeden Tag dreimal „gefordert“, es fehlt nicht an Programmen, teils guten, teils weniger guten. Sie haben alle leider nur den Fehler, — der Kapitalkredite zu ihrer Durchführung zu benötigen. Und die sind leider nicht vorhanden.

Ganz im Gegenteil. Die unter dem schweren Mangel an Mitteln überall in den Kommunen beschlossenen scharfen Einschränkungen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft werden ja nicht bloß zu einem weiteren Anschwellen der Arbeitslosenziffer führen, sondern auch zu starken Rückwirkungen auf andere Zweige der deutschen Wirtschaft, die als Lieferanten für das Baugewerbe in Betracht kommen. Gerade die Kommunen sind ja in über großem Umfang Auftraggeber für diesen deutschen Wirtschaftszweig; es handelt sich alljährlich um Bauvorhaben jeder Art in Höhe von vielen hundert Millionen. Und daher ist — nicht bloß etwa vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus — dem Alarmruf der Fachabteilung Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nur zuzustimmen, daß es volkswirtschaftlich unaussprechbar verhängnisvoll sein würde, wenn man in den Kommunen das freilich unbedingt notwendige Sparprogramm nun einfach und nur abstellt auf schärfste Einschränkung oder gar völlige Einstellung der geplanten und der schon in Angriff genommenen Bauvorhaben. Selbstverständlich ist es ja auch, daß ein Teil der auf diese Weise gemachten Ersparnisse dann auf der Ausgabe Seite für Wohlfahrtszwecke — Unterstützung der rasch wachsenden Scharen der Arbeitslosen — wieder aufsteht. Und in diesem Zusammenhang sei noch an etwas anderes erinnert, das aber ähnliche Wirkungen ausübt hat und trotz aller Gegenmaßnahmen noch immer ausübt: die Notlage der Landwirtschaft und die dadurch herbeigeführte Senkung ihrer Kaufkraft ist für die Absatzverhältnisse nicht bloß in den kleinen Städten von katastrophalen Folgen geworden, sondern hat sich wellenförmig auf die ganze deutsche Wirtschaft ausgebreitet. Überall ist's zu spüren und zu merken, was es heißt, wenn „der Bauer kein Geld hat“.

Über unserer Wirtschaftslage steht die schwarze Wolke schwerster Not. Ganz allgemein, nicht bloß mehr über diesem oder jenem Teil, — Veranlassung genug, nicht bloß ernsthaft, sondern gemeinsam zu versuchen, aus diesem Tal der Depression wieder herauszukommen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Rassenlage des Reiches.

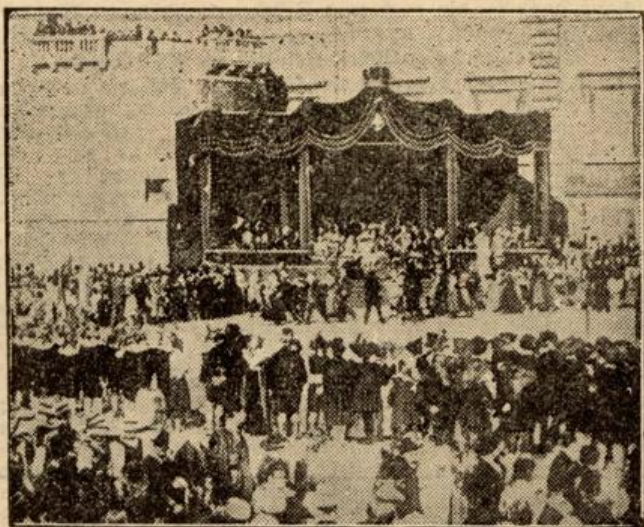
Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums stellte

Hochzeitsfeierlichkeiten in Rom

Parade vor dem König von Italien.

Das Karussell der Lüfte.

Der zweite Tag der Hochzeitsfeierlichkeiten in Rom begann mit einer arden Parade im ehemaligen Hippodrom von Parioli, an der etwa 20 000 Mann teilnahmen. Die Truppen marschierten mit klingendem Spiel an den Tribünen vorbei, auf denen die italienische Königsfamilie mit ihren Gästen Platz genommen hatte. Außer der Garnison der Hauptstadt waren fünf Infanterieregi-



Ein Traktanzzug von 1000 italienischen Bauern überbrachte dem Brautpaar, das unter einem Baldachin vor dem königlichen Schloß saß, die Grüße des ganzen Volkes.

menter aufmarschiert, darunter das 92. Regiment von Turin, das der Kronprinz persönlich vorführte. Auch faschistische Miliz und Sicherheitspolizei nahmen an der Parade teil. Besondere Aufmerksamkeit erregten Kolonialtruppen, darunter Kamelreiter in sehr malerischen Uniformen. Waghalsige Darbietungen vollführte die Fliegertruppe, die

ein „Karussell“ über dem Paradeplatz

flog. Dreihundert Flugzeuge näherten sich in dreieckiger Form den Tribünen, um sich dann zu fünf übereinanderliegenden Kreisen zu ordnen. Der unterste Kreis wurde von schweren Bombenflugzeugen geflogen, darüber stapelten sich leichte Bomberflugzeuge, Erkundungsflugzeuge und Jagdflugzeuge. Die Kreise erweiterten sich nach oben, so daß das Karussell einem wirbelnden Trichter glich.

Der Abend brachte ein eigenartiges Fest auf dem alten Forum: bei Fackellicht wurde hier eine „Hochzeit im alten Rom“ zur Darstellung gebracht.

Das Hochzeitsmahl.

Das Hochzeitsmahl, das nach der Rückkehr des Kronprinzenpaares von dem Besuch beim Papste im Galasaal des Quirinals stattfand, war, wie jetzt bekannt wird, rein italienisch, und es wurde nur italienische Tischmusik gespielt. Die Speisefolge lautete:

Eier nach Montebello-Art,
Languste in Tarentunke,
Fasan am Spieß mit Kresse,
Florentiner Salat,
Spargel mit Schaumtunke,
Eiscreme nach Palermitaner Art, Hochzeitstorte.

Der König von Italien hat dem Kardinal Maffi, der die Trauung vollzogen hat, den Annunziationorden verliehen, der König der Belgier den Großkordon der Leopoldsdordens.

folgt: Rassenfolbestand 1639 Millionen. Verwendet wurden 1627 Millionen. Der Rassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außerkassen betrug also zwölf Millionen.

Für ein Kleinrentnergesetz.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, D. Dr. Kapler, hat zur Frage der Rentnerversorgung an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er Mitteilung von einem Beschluß des Kirchenausschusses macht, der es aus rechtlichen, humanen und moralischen Gründen für dringend notwendig erachtet, daß durch ein Kleinrentnerversorgungsgesetz die Kleinrentnerhilfe endlich aus der allgemeinen Fürsorge herausgenommen und den Geschädigten zum mindesten ein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung gegeben werde.

Weitere zehn Millionen für landwirtschaftliche Siedlung in Preußen.

Der preußische Wohlfahrtsminister teilte im Landtag in Beantwortung einer kleinen Anfrage der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags mit: Aus den Haushaltsmitteln des Wohlfahrtsministeriums zwecks Förderung der Neubautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zur Förderung der landwirtschaftlichen Umsiedlung sind weitere zehn Millionen Mark bereitgestellt worden.

Gültigkeit der Preußenwahlen.

Das Wahlprüfungsgericht beim Preußischen Landtag, das sich mit den Anfechtungsklagen gegen die Gültigkeit der letzten preußischen Landtagswahlen beschäftigte, erklärte die Wahl vom 20. Mai 1928 für gültig. In der Begründung heißt es, daß sich das Wahlprüfungsgericht in der Frage, ob die Stimmenverrechnungsart gegen Verfassungsbestimmungen verstößt, der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht angeschlossen habe. Es habe das Vorliegen einer Verfassungswidrigkeit nicht anerkennen können. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß eine etwa anzunehmende Verfassungswidrigkeit auf dem gesetzlich vorgesehenen Wege der verfassungsändernden Mehrheit, mit der das Landeswahlgesetz angenommen worden sei, erledigt sei. Auch die am 29. Juni 1929 im ehemaligen Freistaat Waldeck erfolgten Wahlen zum Preußischen Landtag wurden für gültig erklärt.

Polen.

Das Bogutschiller Aufständischendenkmal von Polen zerstört.

Für die Entdeckung der Zerstörer des Denkmals der polnischen Aufständischen in Bogutsch bei Kattowitz wurde eine hohe Belohnung ausgesetzt. Dennoch ergab sich bis jetzt keine volle Aufklärung, fest steht es aber schon, daß die Zerstörung von polnischer Seite aus erfolgt ist. Kreise der Winderei sind an dem Vandalentum nicht beteiligt gewesen. Die Namen von drei schuldigen Arbeitern sind bekannt, sie stehen alle dem polnischen Aufständischenverband nahe. Der eine, der den Sprengstoff beibrachte, hat inzwischen Selbstmord durch Erhängen verübt. Die beiden anderen sind flüchtig. Einer von ihnen hat seine beiden Helfer bei der Kattowitzer Polizeidirektion angezeigt, da er glaube, sich dadurch die ausgesetzte Belohnung sichern zu können.

Schweiz.

Internationale Regelung für Kohlen einflussvoll abgelehnt.

Die Kohlenkonferenz, die zur Frage der internationalen

hatte, in die Einzelberatung einzutreten, hat die beiden anderen ihr unterbreiteten Fragen über internationale Lohnregelung und Angleichung der sonstigen Arbeitsbedingungen von der weiteren Behandlung ausgeschaltet. Beide Fragen werden damit als nicht reif für internationale Arbeitsübereinkommen bezeichnet, sollen aber weiter studiert werden. Nur in der Arbeitszeitfrage hofft man auf ein Abkommen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Zentralverband des Evangelischen Bundes fordert in einer Rundgebung Beschleunigung der Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen in Preußen.

Leipzig. Der Vorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei in Leipzig, Reichsgerichtsrat Feldmann, hat sein Amt niedergelegt. In einem Schreiben an den Parteivorstand von Leipzig-Stadt erklärt er, daß er sich zu seinem Rücktritt gezwungen sehe, weil er nicht in der Lage sei, die Politik Eugenbergs zu vertreten.

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie hat ihren Dampfer „Ludendorff“, den sie seinerzeit von der Reederei Hugo Stinnes übernommen hatte, jetzt umgetauft und ihm den Namen „Mecklenburg“ gegeben. Die Umtaufe soll auf entschiedenes Verlangen Ludendorffs hin erfolgt sein.

Oberhausen. Bei dem Versuch, der Beerbigung eines Kameraden in Uniform und in geschlossenem Zuge beizuwohnen, wurden hier 40 Stahlfelmer festgenommen.

Paris. Wie aus Nizza berichtet wird, sind in den letzten Tagen unter größter Geheimhaltung vier italienische Anarchisten verhaftet worden, die unter dem Verdacht stehen, an den Attentaten an der Côte d'Azur teilgenommen zu haben.

Washington. Der Bostoner Anwalt Roland Bodden wurde zum Schiedsrichter bei der gemischten deutsch-amerikanischen Kommission für die Behandlung der Entschädigungsaufprüche ernannt.

Uralzew und die Raiffeisenbank.

Sicherheiten, die nicht vorhanden waren.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Raiffeisen-Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages berichtet der Sachverständige Apotheker Robert Sauer über die von ihm im Auftrage des Direktors Albert vorgenommenen Revision des Chemikalienlagers. Ihm wurde eine von Uralzew stammende Aufstellung ausgedrückt. Dabei fielen ihm sofort die Angaben über die Mengen gewisser Medikamente auf. So waren u. a. angegeben 2000 Kilogramm Morphinum, 580 Kilogramm Protargol, 10 000 Kilogramm, also eine Waggonladung, salzsaures Chinin, 4000 Kilogramm bromsaures Chinin usw. Diese horrenden Mengen konnten unmöglich da sein. Bei der Prüfung des Lagers hat der Sachverständige festgestellt, daß in den Kisten, die Morphinumsubstanz enthalten sollten,

nur schwache Morphinumochsalzauflösung

in Ampullen war. Von den angegebenen 20 000 Kilogramm Chinin war nicht ein Atom vorhanden.

Revisionsbeamter Zerbelt berichtet über die Prüfung der übrigen von Uralzew als Sicherheit angegebenen Waren. Er kommt zu dem Schluß, daß auch bei den übrigen Waren (Seife, Schokolade, Zahnpasten, Zahnbürsten, Fensterglas, Farben) die Mengen und der Wert viel zu hoch angegeben waren. Ein holländisches Warenlager, dessen Wert Uralzew mit 400 000 Gulden angegeben hatte, mußte für 200 Gulden abgestoßen werden.

Es folgt die Befragung zweier Sachbearbeiter in der Kreditabteilung der Preußischen Bank. In der nächsten Ausschüttung soll Uralzew, der sein Erscheinen in einem Telegramm aus Dresden angekündigt hat, vernommen werden.

Fortgang der Raiffeisen-Untersuchung.

Der Raiffeisen-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages vernahm am Donnerstag den Kaufmann Uralz, dessen Geschäfte bekanntlich für die Raiffeisenbank mit großen Verlusten abgeschlossen und die hauptsächlich Gegenstand der Untersuchungen des Ausschusses bilden. Der Zeuge ist in Russland geboren und jetzt 46 Jahre alt. Er gibt an, durch Direktor Krause mit der Raiffeisenbank in Geschäftsverbindung gekommen zu sein. Die Ostvolle-Aktien seien ihm vom Direktorium ausgedrängt worden. Uralz betonte, daß seine Kredite bei der Raiffeisenbank mehr als gedeckt gewesen seien. Ferner habe er der Bank eine Kasse mit wertvollen goldenen Schmuckstücken als Sicherheit gegeben. Was später für 15.000 Mark verkauft worden sei, sei nur ein kleiner Bruchteil des ursprünglichen Inhalts gewesen. Er fragte, wo denn die großen Summen geblieben seien, und verlangte Auskunft über den Erlös dieser Stücke. Seine als Sicherheit gegebenen Aktien seien ebenso wie andere Werte für ein Spottgeld verschleudert worden.

Er sei von der Raiffeisenbank hingelegt worden.

Er werde sein Recht bis zur letzten Instanz durchsetzen. Es sei nicht wahr, daß er nach Paris geflohen sei, sondern er habe sich im Einverständnis mit der Direktion der Raiffeisenbank nach Paris begeben. Man habe versucht, alles auf ihn abzuschieben, da man geglaubt habe, er würde nicht wieder nach Deutschland zurückkommen.

Die Panzerschiffbauten.

39 Millionen gestrichen.

Nach der Mitteilung einer demokratischen Korrespondenz hat die Marineleitung für das Jahr 1930 als ersten Teilbetrag für den Bau eines Panzerkreuzers B, der mit „Erfag Lothringen“ bezeichnet wird, einen Betrag von acht Millionen Mark angefordert. Dieser Betrag sei bereits bei den ersten Beratungen innerhalb der Reichsregierungsstellen gestrichen worden. Für das Panzerschiff A, „Erfag Preußen“ waren von der Marineleitung für das Jahr 1930 elf Millionen Mark angefordert, davon seien nur neun Millionen Mark bewilligt worden. Die Anforderungen für den Bau des Kreuzers „Leipzig“ belaufen sich für 1930 auf sieben Millionen Mark. Die innerhalb der Reichsregierungsstellen beim Marineminister vorgenommenen Streichungen hätten bisher insgesamt einen Betrag von 39 Millionen ergeben.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Reichswehrminister noch Gegenstand interministerieller Beratungen ist und daß über die Panzerschiffbauten (Fortführung des Baues von Panzerschiff A und Kiellegung des Panzerschiffes B) noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei.

Der Reichskanzler lehnt die Verkündung des Freiheitsgesetzes ab.

Antwort an den Reichsausschuss.

Auf das an den Reichskanzler gerichtete Schreiben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hat der Kanzler geantwortet, daß dem im Schreiben vom 7. Januar d. J. gestellten Anträge, das sogenannte „Freiheitsgesetz“ zu veröffentlichen, nach dem Verlauf des Volksentscheides nicht entprochen werden könne.

Die Reichsregierung habe bei Zuleitung des Entwurfs eines Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes an den Reichstag bereits dargelegt, daß zur Annahme des Gesetzes durch Volksentscheid gemäß Art. 76 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverfassung die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich sei. Im übrigen habe sich an der Abstimmung nicht einmal die durch den Artikel 75 der Reichsverfassung vorgeschriebene Mehrheit der Stimmberechtigten beteiligt. Die in dem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung müsse dennoch als irrtümlich bezeichnet werden.

Das Schreiben schließt folgendermaßen: „Was die im Zusammenhang mit dem Young-Plan in Ihrem Schreiben aufgeworfenen politischen Fragen anlangt, so wird nach Beendigung der Haager Konferenz im Reichstage Gelegenheit sein, Stellung zu nehmen.“ gez. Müller.

Keine Ruhrprovinz geplant.

Ämtliche Erklärungen.

In die Öffentlichkeit wurden in den letzten Tagen mehrfach Nachrichten gebracht, nach denen Köln und einige Ruhrstädte staatsunmittelbar werden, dem Oberpräsidenten unmittelbar unterstellt und der Regierungsbezirk Köln aufgehoben werden solle. Die Städte des Ruhrgebiets würden aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster herausgenommen und einem besonderen Ruhrpräsidenten (Ruhrprovinz) unterstellt.

Nach amtlichen Aufklärungen aus Köln und Münster sind solche Andeutungen völlig aus der Luft gegriffen, vielleich privaten Äußerungen ihren Ursprung verdanken, aber jeder ernstlichen Begründung entbehren. Von der Staatsregierung in Berlin sind solche Pläne weder jemals erwogen worden noch unterliegen sie zurzeit der Erwägung.

Naturkatastrophen in Italien.

Unwetter über Sardinien. — Erdstöße im Golf von Neapel.

Über Sardinien hat sich ein heftiges Unwetter entladen, das schweren Schaden verursachte. Besonders betroffen ist die Umgebung von Uta, wo weite Strecken überschwemmt sind. Zwei Dörfer sind von der Umwelt völlig abgeschnitten. Von einem Wasserbeich wurden 70 Meter abgeschwemmt. In Serramanna und Uta sind infolge der Überschwemmungen mehrere Häuser eingestürzt. Hilfsaktionen sind eingeleitet.

Bei Sorrent am Golf von Neapel wurden mehrere Häuser von einem Erdstöße niedergedrückt. Zufälligerweise befand sich nur eine einzige Frau während des Unglücks auf dem betreffenden Grundstück. Sie wurde als Leiche geborgen. — Aus den Tälern der Provinz Piemont wurde heftiger Schneefall gemeldet.

Ermittlungsverfahren gegen eine Frankfurter Baufirma.

Angeblliche Unregelmäßigkeiten bei Reichspostbauten.

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. hat auf Grund der Anzeige eines von einer dortigen Baufirma entlassenen Angestellten im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten und der Oberpostdirektion ein Ermittlungsverfahren eingeleitet zwecks Aufklärung etwaiger Unregelmäßigkeiten, die bei der Vergebung und Ausführung von Bauarbeiten für die Reichspostverwaltung in Frankfurt a. M. vorgekommen sein sollen. Umfangreiche Vernehmungen bei der Frankfurter Kriminalpolizei sind bereits im Gange. Auch mehrere auswärtige Personen wurden zur Vernehmung herangezogen. Welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden, hängt von dem Ergebnis der noch im Gange befindlichen Vernehmungen ab.

Die Weltagrarkrise.

Aussprache über Abhilfe.

Die landwirtschaftlichen Sachverständigen, die auf deutsche Anregung zu einer ersten Aussprache über die Weltagrarkrise

in Genf zusammengekommen sind, haben in einer öffentlichen Sitzung Fragen über Mittel und Wege einer internationalen Aktion zur Linderung der Agrarkrise erörtert. Es ergab sich, daß die überseeischen Sachverständigen die Frage von einem weitestgehend anderen Gesichtswinkel aus betrachten als die meisten europäischen Sachverständigen. Die europäischen Sachverständigen empfehlen den überseeischen Getreideproduzenten eine teilweise Umstellung ihrer Landwirtschaft auf Viehzucht und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, da die Aufnahmefähigkeit Europas gegenüber der überseeischen Getreideproduktion nur sehr beschränkt ist.

Die Einfuhr von Papageien verboten.

Als Folge der Krankheitsfälle.

Der Reichsminister des Innern hat wegen der in den letzten Wochen in verschiedenen Orten des Reichs aufgetretenen Erkrankungen von Menschen an der sogenannten Papageienkrankheit den Landesregierungen empfohlen, ein zeitlich begrenztes Einfuhrverbot für Papageien und Sittiche zu erlassen.

Weitere Vernehmungen im Tschernowzenfälscherprozeß.

Angeblliche Gefährdung der Staatsicherheit.

Im weiteren Verlauf des Tschernowzenfälscherprozesses wurde der Angeklagte Kaufmann Wilhelm Schmidt aus Nürnberg vernommen. Er erzählte, daß er als Mitglied eines Freikorps in Verbindung mit Bestrebungen gekommen sei, die darauf abzielten, in Verbindung mit England eine Loslösung der sehr ertragreichen südrussischen Staaten von der Sowjetunion zu erreichen. Mit den Fälschungen an sich habe er nichts zu tun. Karumidse sei in politischer Beziehung ein durchaus ehrlicher Mensch, der sich während des Krieges uneigennützig

in den Dienst der deutschen Sache

gestellt habe. Er, Schmidt, habe Fälschung mit den georgischen Kreisen im Ausland genommen und sei dann auf den Gedanken gekommen, Spekulationsgeschäfte mit dem Balkan, insbesondere mit Bulgarien, zu betreiben. Er habe dafür den Nürnberger Arzt Dr. Jörz und den Nürnberger Großkaufmann Nieger interessiert, die beide auch Vorleben gegeben hätten. Sie seien aber darauf hingewiesen worden, daß es sich um Spekulationsgeschäfte handele, die auch zum Schaden ausschlagen könnten. Schmidt soll Nieger u. a. den

Titel eines bulgarischen Konsuls für 5000 Mark

in Aussicht gestellt haben. Der Angeklagte erklärte auf eine hierauf bezügliche Frage des Vorsitzenden, daß er sich um die Konsulangelegenheit gar nicht gekümmert habe. Nach Schmidts Vernehmung wollte Karumidse Verteidiger ein Schriftstück über wichtige, für seinen Mandanten im Sinne der Schmidt'schen Ausführungen günstig lautende Angaben verlesen; wegen Gefährdung der Staatsicherheit könne die Verlesung jedoch nur in nicht-öffentlicher Sitzung geschehen. Die Begründung dafür gab er dann in nichtöffentlicher Sitzung. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit zog der Verteidiger aber überraschenderweise seinen Antrag auf Verlesung des Schriftstückes zurück. Dann wurde

der Angeklagte Ingenieur Dr. Bell, München, vernommen. Er habe, sagte er, mit einer bestimmten politischen Gruppe nichts zu tun. Er sei mit dem Angeklagten Schmidt während des Krieges bekannt geworden und so in die Bewegung hineingeraten. Er habe aber mit Schmidt häufig Differenzen gehabt und seine politische Auffassung nicht in allem geteilt. Für politische Zwecke seien ihm von Schmidt Zuwendungen in Höhe von 20.000—30.000 Mark gemacht worden.



Tschernowzenfälscherprozess in Berlin-Moabit.

Der Hauptangeklagte Karumidse (links), genannt der ungekrönte König von Georgien, steht auf der Straße mit seinem Verteidiger Dr. Beer (rechts) die Zeitungsberichte über den Prozeß.

General Hoffmann und die Tschernowzenfälscher.

Im Tschernowzenfälscherprozeß behauptete Dr. Weber gegen Schluß der Verhandlung, Schmidt habe die Reise des Generals Hoffmann nach London mit 5000 Mark finanziert. Sodann hat Rechtsanwalt Beer darum, daß dem Angeklagten Karumidse am Montag Gelegenheit gegeben werde, die Aussage genauer zu behandeln. Damit ist das Gericht einverstanden. Außerdem soll am Montag die Vernehmung von Bell zu Ende geführt werden.

Pöbel und die der Nachbarschaft.

Halver, den 10. Januar 1930.

Umgang mit Passagieren.

„Ebel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Aber höflich sei er auch — denn das allein unterscheidet ihn von so vielen anderen Menschen, die sich oft und geistiglich eines unhöflichen Tones befleißigen. In dieser Hinsicht ist besonders der Verkehr mit Behörden im ganzen und mit Amtspersonen im einzelnen nicht eben leicht. Man hat Exempla von Beispielen! Hier und da hat man, um die Menschen zu erziehen, in den letzten Jahren „Höflichkeitsschulen“ probiert: wer es fertig brachte, sieben Tage hintereinander höflich zu sein, bekam einen Preis. Viele hielten's aus und waren noch darüber hinaus ein bißchen höflich, viele andere aber waren froh, als die Woche um war: „Jetzt habe ich genug von der Höflichkeit“, schimpften sie, „jetzt will ich wieder „Donnerwetter!“ sagen dürfen!“ Ja, so ist das! Und nun kommt plötzlich und in durchaus dankenswerter Weise kein Geringerer als unsere Reichsbahn-Gesellschaft und erteilt eine Lektion über den Umgang mit Reisenden. Wir sind nicht immer „gut Freund“ mit unserer Reichsbahn, weil sie in der einen Hälfte des Jahres die Tarife erhöht und in der anderen Hälfte die Erhöhung der Tarife ankündigt, aber was sie da jetzt mit ihrem Höflichkeitserlaß vollbracht hat, das gibt ihr unbedingt Anspruch auf Liebe. Schon weil es ein nachahmenswertes Beispiel ist! Das Herz im Leibe lacht einem, wenn man erfährt, daß die Bahnverwaltungen fortan in allen ihren Plakaten und Bekanntmachungen

einen „gewinnenden Ton“ anschlagen sollen. Warum denn immer gleich: „Dies ist verboten!“ und „Das ist verboten!“ und „Es ist überhaupt alles verboten!“? Das klingt rau und hart. Kann man denn nicht zart und mitfühlend sagen: „Das sehr geehrte Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht gestattet ist...“? Die Reichsbahn behauptet, daß man das sehr gut sagen könne, und sie wünscht dringend, daß es in solcher Form gesagt werde. Und außerdem kann man sagen: „Es wird höflich gebeten, rechts an den Schalter heranzutreten“ und „Bitte, rechts gehen“ und so, und keiner wird die Empfindung haben, daß die Reichsbahn sich etwas verbeuge, wenn sie so menschlich mit Menschen spricht. Wie überhaupt kein Mensch sich etwas vergibt, wenn er höflich ist! Man wundert sich wirklich, daß man den Menschen das alles erst besonders auseinanderzusetzen und daß erst die Reichsbahn kommen muß, um uns zur Höflichkeit zu erziehen. Einer wird's ja nun wohl vom andern hören, und es wird die Zeit kommen, in der wir, selbst wenn wir einen hinauszuerwerfen haben, sagen werden: „Ach, bitte, würden Sie nicht die Güte haben, das Zimmer zu verlassen?“

— I Kirchensteuer. Das Finanzamt Lüdenscheid macht im Anzeigenteil auf die Zahlung der fälligen Kirchensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger aufmerksam, deren Beachtung wird empfohlen.

Der 75. Westfälische Provinziallandtag wird am Montag, dem 20. Januar, vorm. 11 Uhr im Westfälischen Landhause zu Münster eröffnet werden.

— Ferienordnung für 1930-31. Der Oberpräsident für die Provinz Westfalen hat für alle Schulgemeinden in Orten mit höheren Schulen in der Provinz Westfalen für das Schuljahr 1930-31 folgende Ferienordnung festgesetzt: Oftern ist der letzte Schultag Donnerstag, den 3. April und der erste Donnerstag, den 24. April. Pfingsten: Letzter Schultag Freitag, den 6. Juni, erster Schultag Dienstag, den 17. Juni. Sommer: Letzter Schultag Mittwoch, den 30. Juli, erster Schultag Dienstag, den 9. September. Weihnachten: Letzter Schultag Dienstag, den 23. Dezember, erster Schultag Donnerstag, den 8. Januar 1931. Der Schluß des Schuljahres ist Freitag, den 27. März 1931. Für die Schulen des Regierungsbezirks Arnsberg, die nicht von dem Erlaß des Oberpräsidenten berührt werden, ist folgende Ferienordnung festgesetzt: Oftern: Letzter Schultag Freitag, den 4. April, erster Schultag Mittwoch, den 23. April. Pfingsten: Letzter Schultag Freitag, den 6. Juni, erster Schultag Dienstag, den 17. Juni. Weihnachten: Letzter Schultag Dienstag, den 23. Dezember, erster Schultag Donnerstag, den 8. Januar 1931. Die Sommer- und Herbstferien in der Gesamtdauer von 6 Wochen werden von den Herren Landräten festgesetzt.

— Wichtig für Jäger! Der 1. Januar 1930 bringt für die Ausübung der Jagd einschneidende neue Bestimmungen, die für jeden Jäger von größter Wichtigkeit sind. Zunächst ist seit dem 1. Januar ein neuer Jagdscheinvordruck eingeführt worden, bei dem die wichtigsten Bestimmungen, die in Zukunft zu beachten sind, vorgegedruckt werden. Außerdem muß in Zukunft der Jagdschein mit Lichtbild und Unterschrift des Inhabers versehen sein, was bisher nicht notwendig war. Ferner trat ab 1. Januar eine neue Tier- und Pflanzenzuchtverordnung in Kraft, welche die bisherigen Bestimmungen in dieser Richtung einheitlich regelt. Als die wichtigste unter diesen Bestimmungen ist der § 4 dieser Verordnung, welcher besagt: „Der Schrot- und Pöbel auf Rot-, Dam- und Rehwild ist verboten. Dies bezieht sich ebenfalls auf gehacktes Blei.“ Alle weidgerechten Jäger werden mit Freude begrüßt, daß die jahrelangen Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzes und anderer Vereine endlich Erfolg gehabt haben, und der Grundsatz: „Dem Schalenwild gebührt die Achtung!“ endlich teilweise Gesetz wurde, und dem sinnlosen Morden von Bock, Hinde und Kitz endlich ein Riegel vorgeschoben wurde. Es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß die Bestrebungen vieler Jäger, den Rehwildbestand durch weidgerechte Schonung in tieferer Gegend zu heben, endlich mit Erfolg gekrönt werden und denjenigen, die in rückwärtsloster Weise zu ernten suchen, was der Nachbar schon, das Handwerk gründlich gelegt wird.

Halver

— O Polizeiverwaltung. Ein Hund zugelaufen.

— & Auf der am vergangenen Samstag und Sonntag in Wipperfürth stattgefundenen 1. großen allgemeinen Geflügelschau, verbunden mit der Ausstellung des Verbandes Bergischer Geflügelzüchtervereine und des Brieftaubenvereins, auf der 93 Züchter 519 Stämme bzw. Tiere ausgestellt hatten, und auf der der Justizinspektor Behr-Solingen einen Vortrag über „Nutzen und Wert der Geflügelzucht“ hielt, erzielten auch die Mitglieder des hiesigen Vereins, die dort ausgestellt hatten, die besten Erfolge. Sie erhielten folgende Bewertungen: Alfred Brüningshaus-Halver: Dörfliche Silbermöven, Hahn befriedigend, Henne gut, Hamburger Goldpöbel, Hahn und Henne befriedigend, Johann Eckhardt-Halver: Brieftauben, Täuber sehr gut, Taube befriedigend. Carl Gider-Altemühle: Silberhähne Italiener, Hahn, 2 Stück gut, 2 Stück befriedigend, desgleichen Henne eine gut, 3 Stück befriedigend, Perlhühner, Hahn sehr gut, Henne, 2 Stück gut, Albert Kauf-Halver, Wyandottes, schwarz, Hahn sehr gut und Ehrenpreis. Wilhelm Kind-Halver, Barnefelder, Hahn gut, Henne befriedigend, Tauben, Danziger Hochflieger, Täuber sehr gut, Taube gut. Adolf Kleinjung-Halver, Westfälische Krüper, Hahn, einer sehr gut und Ehrenpreis und einer gut, Henne: eine sehr gut und eine gut. Enten: Khasi Kampbell, Erpel, 2 Stück gut, Ente befriedigend. Werner Löffel-Halver. Schwarze Rheinländer, Hahn gut, Silberhähne Italiener, Hahn, zwei sehr gut und außerdem einen Ehrenpreis, einer befriedigend, desgleichen Henne, zwei sehr gut und außerdem einen Ehrenpreis, zwei gut und eine befriedigend, Wyandottes, schwarz, Hahn gut. Tauben Chalotten, schwarz, Täuber, zwei Stück, jeder gut, Rönchen schwarz, Täuber gut, desgleichen Taube gut, Brieftauben, Täuber gut, Taube befriedigend.

— Die diesjährige Familienfeier der Ver. Turn- und Spielvereine e. V. Halver findet wie bereits durch Infexat bekannt gegeben, am morgigen Sonnabend im Vereinslokal Hasbender statt und beginnt pünktlich um 7.30 Uhr und wird in altgebrachter Weise durchgeführt. Neben turnerischen Vorführungen, Reigen und Tänzen, sowie einer großen Verlosung, wird ein schönes Theaterstück gezeigt. Es ist also für reichliche Unterhaltung gesorgt. Nach dem ersten Teil ist Tanz, Freunde und Gönner des Vereins werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Kierspe

— Frau Sanitätsrat Dr. Deisting ist in den Morgenstunden des gestrigen Tages entschlafen. Damit entschwindet der Name Deisting aus unserem Orte, soweit er sich auf die Lebenden bezieht. In der Geschichte der Gemeinde Kierspe wird der Name aber für alle Zeiten fortleben, dank dem segensreichen Wirken des vor einigen Jahren verstorbenen Sanitätsrats. Die von ihm verfaßte Geschichte der Gemeinde Kierspe, an der er fast ein Menschenalter gearbeitet hat, ist nach seinem Tode von

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 8 Inzeratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto — Halver Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“ — 1930

Eröffnung der Reparationsbesprechungen

Die Vorgänge im Haag. Deutsch-französischer Zwischenfall beigelegt.

Die amtliche Mitteilung.

Die französische Abordnung gab abends auf Grund von längeren Verhandlungen mit der deutschen Abordnung eine amtliche Mitteilung heraus, derzufolge der Zwischenfall, der durch die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Tardieu geschaffen war, als beigelegt erklärt wird.

Die Mitteilung besagt, Tardieu habe sich darauf beschränkt, seinen deutschen Kollegen die Nachteile einer zu ausführlichen Erörterung über Einzelfragen auseinanderzusetzen. Er habe darauf hingewiesen, daß solche Erörterungen die Gefahr in sich bergen, die für einen Erfolg der Konferenz notwendige Atmosphäre zu stören. Die deutschen Delegierten hätten übrigens, während sie ihre Stellung in der Sache aufrechterhielten, keinerlei Einwendungen gegen die von dem französischen Ministerpräsidenten angewandten Ausdrücke erhoben. Die Diskussion habe überdies von Anfang bis zu Ende einen Charakter voller Herzlichkeit getragen.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Keine Übereinstimmung erzielt.

Der Mittwoch der als verhandlungsfreier Tag eigentlich der Ruhe hätte dienen sollen, war bei der deutschen Delegation durch außerordentlich viel Arbeit ausgefüllt. So nahmen die deutschen Sachverständigen Geheimrat Kasl und Dr. Melchior mit den im Haag anwesenden Pariser Sachverständigen wegen der umstrittenen Frage des Zahlungsstermins Fühlung. Es ergab sich, daß die Sachverständigen keine Übereinstimmung erzielen konnten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt führte eingehende Besprechungen mit dem englischen Handelsminister Graham über Sechslieferungen und Eisenbahnfragen. Kerner hat Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer mit dem englischen Schatzkanzler Snowden über den Wunsch der Gläubigermächte nach „Positivierung des negativen Pfandrechts“ und über die Form der Nachzahlung für den Fall eines Moratoriums verhandelt. Die vorerwähnte Besprechung dient der Vorbereitung der Plenarverhandlungen vom Donnerstag.

Deutscher Vorschlag erwartet.

Die am Donnerstag wieder offiziell aufgenommenen Verhandlungen der Haager Konferenz brachten zunächst einen Besuch der französischen Minister Tardieu und Briand bei der deutschen Delegation. Den Gegenstand der sich entwickelnden Besprechungen, an denen sich von deutscher Seite die Reichsminister Curtius und Wirth beteiligten, bildeten ausschließlich die Sanktionsfragen und die dazu am Mittwoch überreichten französischen Vorschläge. Als Zentralpunkt dieser Unterhandlungen hat wohl die aufgeworfene Frage zu gelten, was geschehen solle bei einer einseitigen Nichterfüllung des Young-Abkommens durch Deutschland. Nach französischer Auffassung werde eine solche Loslösung von dem Haager Internationalen Gerichtshof ausdrücklich festgestellt werden müssen. Die Franzosen sind der Auffassung, daß dann alle im Young-Plan vorgesehenen Einrichtungen ihr Ende gefunden hätten und die Bestimmungen des Versailler Vertrages müßten sofort wieder in Kraft treten.

Der Austausch der Meinungen in dieser Beziehung wird zunächst zwischen Frankreich und Deutschland fortgesetzt, und zwar zwischen diesen beiden Mächten allein. Die Ergebnisse, die sich etwa herausstellen und zu einer gemeinsamen Basis führen könnten, sollen festgelegt und dann dem allgemeinen Schlußprotokoll hinzugefügt werden.

Die deutsche Delegation

lehnt es vor allen Dingen ab, irgendeine entfernte Möglichkeit erneuter Sanktionen oder Zwangsbestimmungen anzuerkennen. Wenn eine absichtliche Verfehlung Deutschlands zu irgendeiner Zeit behauptet werden würde, so müßte der allgemeine Völkerrechtsweg eingeschlagen werden. Erst nach dessen Absolvierung müßte sich Deutschland an den Internationalen Gerichtshof in Haag wenden können. Schon in aller nächster Zeit wollen die Deutschen einen praktikablen ausführlichen Vorschlag machen, welcher die französische Fragestellung erübrigen soll. Die französischen Anregungen müßten ausdrücklich als solche behandelt werden, denen man andere entgegensetzen könne.

Die finanziellen Angelegenheiten

Im allgemeinen wurden weiter behandelt in den Besprechungen der Hauptdelegierten und Dr. Curtius nahm daran teil, doch wurde namentlich in bezug auf die Zahlungsstermine, die Internationale Banf und das eventuelle Moratorium noch keine wesentliche Förderung erzielt. — Der holländische Außenminister Beelaerts gab ein Frühstück, dem Reichsaußenminister Dr. Curtius beiwohnte. Abends findet ein Essen bei der Königin der

Niederlande statt. Sonnabend gedenkt Reichsminister Dr. Curtius nach Genf zur Tagung des Völkerbundesrates zu fahren. Ebenso wird der französische Außenminister Briand nach dort gehen.

Eine große Sorge.

Von deutscher halbamtlicher Stelle wurde über den Eindruck der französischen Sanktionsanregungen gemeldet: „Einigkeit wird zu erzielen sein darüber, daß unter der Regelung des Young-Planes die Beziehungen zu den Gläubigermächten sich ausschließlich nach diesem Plan richten und Sanktionen nicht in Frage kommen werden. Die Franzosen werfen die Frage auf, was geschieht, wenn Deutschland sich vom Young-Plan löst. Sie haben uns darüber einige Gedanken unterbreitet. Wir sind in deren erste Prüfung eingetreten. Der Eindruck ist der einer großen Sorge, ob es möglich sein wird, eine Klarstellung und Regelung zu erzielen, die uns eine Annahme ermöglicht.“



Die Tafelrunde im Haag.

bei der sich auf Einladung der belgischen Abordnung die deutschen, englischen und französischen Delegierten zu einem Frühstück zusammenfanden. Von links (im Gegenstand zum Gange des Uhrzeigers um den Tisch herum): Jaspas, belgischer Ministerpräsident — Frau Snowden, die Gattin des englischen Schatzkanzlers — Symans, belgischer Außenminister — Hanley, englischer Delegierter, Generalsekretär der Konferenz — Gutt, belgischer Finanzsachverständiger — Franqui, belgischer Finanzsachverständiger — Reichsaußenminister Dr. Curtius — Frau Jaspas — Snowden, englischer Schatzkanzler — Frau Franqui.

Die Frage der Zahlungsstermine.

Noch keine Einigung erzielt.

In der Streitfrage der deutschen Zahlungsstermine konnten die Gegensätze auch in der Donnerstagsnachmittagsitzung der fünf großen Gläubigermächte mit Deutschland nicht überbrückt werden. Die deutsche Abordnung lehnt nach wie vor Zuforderungen, die eine Mehrbelastung des Haushalts bedeuten und durch keine Bestimmungen des Young-Planes gerechtfertigt sind, ab.

Snowdens Erklärung.

Der Haager Sonderkorrespondent des Londoner Arbeiterblattes „Daily Herald“ berichtet auf Grund einer Mitteilung Snowdens, die britische Delegation werde eine Formel über die Sanktionen wohlwollend prüfen, wenn diese Formel auf einer deutsch-französischen Vereinbarung beruhe.

Von französischer Seite ist versucht worden, Snowden für die Aufstellung der Sanktionsfrage verantwortlich zu machen. Der Schatzkanzler hat mich ausdrücklich ermächtigt, fährt der Berichtsteller fort, alle Meldungen über eine britische Einmischung in die französisch-deutschen Verhandlungen über diese Frage für unrichtig zu erklären. Der Schatzkanzler glaubt, daß die Frage besser nicht erwähnt wäre.

Auch von anderen englischen Blättern wird betont, England habe nicht das geringste Interesse an weiteren Sanktionen und die französische Bezugnahme auf England sei nichts anderes als der Versuch eines Druckes in dieser Beziehung.

Deutschlands Moratoriumsrecht.

Im folgenden Punkte, der die Rechte Deutschlands zur Erklärung eines Moratoriums betrifft, ist eine Einigung darüber erzielt worden, daß dieses Recht an keinerlei Voraussetzungen gebunden und nur Deutschlands alleiniger Entscheidung unterworfen ist. Die Zustimmung der übrigen Mächte ist auf Grund einer von den Juristen formulierten Erklärung, die dieses Recht Deutschlands ebenso wie die im Young-Plan enthaltene Verpflichtung einseitig formuliert, von dem Moratoriumsrecht nur im Falle eines wirklichen Bedürfnisses Gebrauch zu machen, erteilt worden.

Auf einer Schachtanlage der Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke brach in einem Flöße das Gange herein und begrub zwei Bergleute unter sich. Die beiden Verunglückten wurden als Leichen geborgen.

Der Stier im Rathaus.

Mehrere Schwerverletzte.

Aus Madrid wird berichtet: Während eines Stierkampfes in einer improvisierten Arena in La Alberca gelang es einem wildgewordenen Stier, auszubringen. Unter den Zuschauern brach eine furchtbare Panik aus. Der Stier drang in das Rathaus ein, wo er mehrere Personen schwer verletzte. Das Tier verlief sich schließlich auf einen Balkon, wo es getötet wurde.

Der Vieh- und Fleischmarkt 1929.

Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde.

Für die Landwirtschaft bedeutet das Wirtschaftsjahr 1929 ein Verlustjahr, das an die Krisenzeit zu Anfang der neunziger Jahre erinnert. Auch damals wurde infolge der niedrigen Getreidepreise und ungünstiger Absatzverhältnisse manche landwirtschaftliche Erflenz vernichtet, das gesamte deutsche Volk konnte sich aber immerhin freier bewegen als heute. Man braucht nur

den heutigen Zinsfuß

mit dem früheren Zeiten zu vergleichen, um sich klarzumachen, um wieviel drückender die Lasten einer verschuldeten Landwirtschaft inzwischen geworden sind. Und das bei einem Ernteertrag an Getreide und Erzeugnissen an Viehprodukten, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft in besonderem Maße beweisen.

Schon das Erntejahr 1927/28 hat die Behauptungen der Führer der Landwirtschaft bestätigt, daß Deutschland in der Lage sei, seinen Bedarf an Brot, Milch und Fleisch auf eigener Scholle zu erzeugen.

Wenn diese Erzeugung auf manchen Gebieten nicht noch weitere Fortschritte zu verzeichnen hatte, so lag es einzig und allein an einem ungenügenden Schutz der deutschen Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz. Niemals hätte unsere Handelsbilanz eine so katastrophale Entwicklung nehmen können, wenn rechtzeitig dafür gesorgt worden wäre, der deutschen Produktion den deutschen Markt zu erhalten. Viele Millionen Mark, die ins Ausland gewandert sind für Produkte, die wir in Deutschland selbst erzeugen können, hätten gespart und zu einer Stärkung der inneren Kaufkraft und des Marktes verwendet werden können. So aber ist die Bilanz am Schlusse dieses Jahres, auch was die Viehwirtschaft anlangt,

in jeder Beziehung unbefriedigend.

Man führte vielfach den ungünstigen Absatz landwirtschaftlicher Produkte darauf zurück, daß man die seitens der Landwirtschaft hergestellten Qualitäten als „minderwertig“ bezeichnete. Aus diesem Grunde ist im letzten Jahre, man kann sagen auf fast allen Gebieten der Produktion, versucht worden, die Herstellung von

„Qualitätsware“ in den Vordergrund

zu stellen. Aber selbst diese Leistungen wurden nicht entsprechend gewürdigt. Nur selten gelang es, für die nun einmal mit erhöhtem Kostenaufwand hergestellte Qualitätsware einen Preis zu erzielen, der die Produktionskosten deckte. Mit Ausnahme der Schweine, deren Produktion infolge der Katastrophenpreise des Frühjahr 1928 eine wesentliche Einschränkung erfahren mußte, lagen fast alle Preise für Produkte, die die Landwirtschaft erzeugte,

weit unter dem allgemein erhöhten Index.

Was aber infolge höherer Preise bei Schweinen mehr erzielt wurde, ist durch niedrigere Brot- und Futtergetreidepreise doppelt und dreifach verlorengegangen.

Turnen, Spiel und Sport

Halver, den 10. Jan.

Fußball. Einer freundlichen Einladung des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 folgend wird am Sonntag, dem 12. Januar der Verein für Leibesübungen Herlohn 1924 ein Gastspiel auf der Karlshöhe austragen. Herlohn, welcher mit der 1. und 2. Elf erscheinen wird, stellt beste 1. Gauklasse dar. Mannschaften aus der alten Industriestadt Herlohn haben bisher die Höhen von Halver nie aufgesucht und sind es somit festene Gäste. Der Fußballverein, welcher in den letzten 3 Gesellschaftsspielen ungeschlagen blieb, wird auch diesmal mit kompletter Elf auf eigenem Plage sich den Sieg nicht nehmen lassen. Die 2. einheimische Elf sah man in letzter Zeit weniger in Front. Da dieselbe jedoch in stärkster Aufstellung auf den Plan tritt, so ist auch hier guter Sport zu erwarten. Die Spiele beginnen für die 2. Elf um 1 Uhr und für die 1. Elf um 2,30 Uhr. Die rührige Tätigkeit des Spiel- und Sportvereins ist anzuerkennen und mit Freuden zu begrüßen. Es werden deshalb auch am Sonntag viele Zuschauer diesen interessanten Spielen beizohnen.

Turnerhandball. Auf dem neuen Spielplatz an der Karlshöhe steigen am Sonntag 2 Handballspiele. Um 1½ Uhr spielt die neu zusammengestellte 2. Mannschaft der Ver. Turn- u. Spiel. Ver. Halver gegen 2. Mannschaft des Radevormwalder Turnvereins. Um 3 Uhr treffen sich die 1. Mannschaft des Radevormwalder T.V. und 1. Mannschaft der V. T. S. B. Halver zu einem Freundschaftsspiel. Die Turner aus Radevormwald führen in der Bezirksklasse, jedoch ein schönes offenes Spiel gezeigt wird. Ueber den Ausgang der Spiele jetzt etwas zu sagen wäre verfrüht. Jedoch wird jede Mannschaft bemüht sein, den Sieg davon zu tragen. Samstag nachm. für beide Mannschaften Übungsispiele.

Sp. Eine Spielausschüttung der Deutschen Turnerschaft legte in Oberwiesenthal die Spielmeisterschaften für 1930 fest, sie sollen in Schlagball, Faustball und Tennis in Weimar ausgetragen werden. Als Bewerber waren neben Weimar noch Frankfurt a. M., Leipzig und Heidelberg aufgetreten.

Geschenk des Papstes an das italienische Kronprinzenpaar.

Wie aus der Stadt des Vatikans gemeldet wird, hat der Papst dem italienischen Kronprinzenpaar einen Gobelin zum Geschenk gemacht, der die Madonna mit dem Kinde nach dem Fresko von Pinturichio aus den Borgia-Gemächern des Vatikans darstellt. Der Rahmen des Gobelins weist die Wappen des belgischen und des italienischen Königshauses und das Wappen Pius XI. mit der Tiara auf. Der Kronprinzeß überreichte der Papst einen Rosenkranz aus Gold und Perlen.

Zwei schwere Grubenunfälle.

Vier Bergleute umgekommen.

Auf der Zeche Bruchstraße gerieten nach einer Meldung aus Bochum zwei Hauer unter herabstürzende Kohlenmassen. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Während der eine Verschüttete als Leiche geborgen werden konnte, ist es noch nicht gelungen, den zweiten zu bergen.

Pastor Meyer zu Theenhausen heraus gegeben. So wie man damals den Tod des Sanitätsrats Dr. Deisting beklagte, nimmt man jetzt in weitesten Kreisen Anteil an dem Heimgang seiner Lebensgefährtin. Trotz ihres hohen Alters erfreute sie sich noch einer fast jugendlichen Frische. An ihr lebenswürdiges Wesen gegenüber jedermann wird man gerne zurück denken. Sie ist nun mit ihrem Gatten für immer vereint.

Der Verein für Geflügelzucht hielt am Mittwochabend im Lokale Aug. Vollmann seine Jahres-Hauptversammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden Lehrer Osenberg geleitet wurde. Unter Punkt 1 hielt der Vorsitzende einen Jahresbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre eine Lokalschau gemeinsam mit dem Schnürrenbacher Verein veranstaltet wurde. An Versammlungen wurden 6 abgehalten. Im Sommer machte man einen Ausflug nach Edenhagen zur Besichtigung einer Geflügelfarm. Der Vorsitzende nahm an einem Lehrgang in Hamm teil. Zu Punkt 2 Kassenbericht konnte Stellung nicht genommen werden, da der Kassierer zur Zeit im Krankenhaus ist. Dagegen gab der 2. Vorsitzende Aufschluß über das finanzielle Ergebnis der stattgefundenen Lokalschau. Zu Rechnungsprüfern wurden Ewald Markus und Wilhelm Funke gewählt. Der Kassenbericht soll der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Der bisherige Jahresbeitrag von 3 RM. soll bestehen bleiben. Für die Folge wird ein Eintrittsgeld von 1 RM. erhoben. Der Kreisausschreibung in Lüdenscheld beschloß man die übliche Stiftung eines Ehrenpreises. Die Tiere, die in Lüdenscheld ausgestellt werden, müssen bis Donnerstag mittag beim 2. Vorsitzenden Aug. Vollmann abgeliefert werden. Der Transport nach Lüdenscheld erfolgt mittels Auto. Unter Vorstandswahl schieden sachungsgemäß aus der 2. Vorsitzende, 1. Schriftführer und der Beisitzer. Sämtliche wurden durch Zufall wiedergewählt. Es soll versucht werden, einen berufenen Fachmann für einen Lichtbildervortrag zu gewinnen.

Am morgigen Samstag, dem 11. Januar können zwei betagte Personen unserer Gemeinde ihren Geburtstag begehen. Die Ww. August Rittinghaus zu Vorth wird an diesem Tage 89 Jahre alt und der Landwirt Carl Fasbender zu Kierspe-Bhf. 82 Jahre. Beide Geburtstagskinder erfreuen sich noch der besten geistigen und körperlichen Frische und Mithilfe. Wir entbieten den Altersjubilaren unseren besten Glückwunsch.

Kierspe-Bhf.

Ein dreier Diebstahl wurde im Hotel Cramer hieselbst ausgeführt. Ein Gast, welcher sich aus dem Gastzimmer entfernte, stahl aus dem Flur des Hotels die vor den Türen liegenden Fußmatten und entfernte sich. Dem sofort benachrichtigten Oberlandjäger Gregor gelang es nach kurzer Zeit den Täter zu stellen und die Fußmatten konnten dem Eigentümer zurückgegeben werden.

Der Inhaberverein Kierspe-Bhf. veranstaltete im Hotel Cramer seinen diesjährigen gemütlichen Abend verbunden mit einer großen Gratistvorlesung. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Mit einem gemeinschaftlichen Kaffeetrinken nahm der Abend seinen Anfang. Den musikalischen Teil bestritt Herr Wilh. Osenberg, Grünbaum, der mit vortrefflichen Klavierborträgen aufwartete. Große Heiterkeit brachte die Vorlesung. Plattdeutsch vorgetragene Gedichte und Erzählungen brachten Stimmung in die große Zimfamiliarie.

Die Maler- und Anstreicher-Zwangsinnung der Meinerzhagen und Kierspe hielt unter der Leitung des Obermeisters Ernst Böhrs, Kierspe-Bhf. ihre Jahresgeneralversammlung im Hotel Bastian ab, die gut besucht war. Der Schriftführer gab den Jahresbericht bekannt. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Die Kasse wurde stimmend befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die auscheidenden Vorstandsmitglieder Ernst Böhrs und Ernst Kasemann wurden wiedergewählt. Die übliche Lehrlingszwischenprüfung findet am 1. Montag im März im Zeichenmale der evangelischen Schule statt.

Meinerzhagen, 9. Jan. Die Wahl des Fabrikanten Otto Fuchs, Meinerzhagen, zum 1. Amtsbeigeordneten und des Gemeindevorsteher Robert Fernholz, Ingermerthammer, zum 2. Amtsbeigeordneten wurde vom Kreisausschuß bestätigt.

Meinerzhagen, 9. Jan. An Typhus erkrankte hier ein junges Mädchen. Sie wurde dem Krankenhaus Lüdenscheld zugeführt.

Lüdenscheld, 10. Jan. Zeppelin-Realschulung. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat genehmigt, daß die hiesige höhere Knabenschule künftig den Namen „Zeppelin-Realschulung und Oberrealschule“ führt.

Broderfeld, 9. Jan. Die Ennepe-Talsperre läuft über. Die über die Sperrmauer niederschließenden Wassermassen bieten einen prächtigen Anblick.

Kierspe, 8. Jan. Seit dem Weggang von Regierungsrat Frögel hat Kierspe Polizei keinen neuen Amtsleiter gehabt. Der Posten wurde bisher vertretungsweise ausgefüllt von dem Solinger Polizeileiter, Regierungsrat Dr. Verdelwig. Nun hat endlich die Regierung einen Nachfolger ernannt, der vorläufig als „Stellvertreter der Amtsleiter“ die Geschäftsleitung der Polizei inne haben wird. Es ist der bisherige Gewerkschaftssekretär Blanke aus Düsseldorf. Am letzten Montag führte der Wuppertaler Polizeipräsident Suermondt den neuen Amtsleiter hier in sein Amt ein. Herr Blanke hat aber seine hiesige Tätigkeit noch nicht aufgenommen; vermutlich arbeitet er sich erst in das Polizeiwesen ein, da er bisher noch nicht bei der Polizei tätig war.

Köln, 9. Jan. Die Kölner Rheinlandhalle in Zahlungsschwierigkeiten. Wolffs Rhein-Westf. Sportdienst, Düsseldorf, meldet aus Köln: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, befindet sich die Rheinlandhalle, Kölns Winterportstätte, in Zahlungsschwierigkeiten. Die Veranstaltungen der letzten Zeit brachten nicht die gewünschten und erwarteten Summen ein, außer dem 2. Kölner Sechstagerrennen, das einen Gewinn abwarf. Aber daß eine solche Sporthalle nicht nur von diesem Gewinn leben kann, ist selbstverständlich. Vorläufig ist nicht zu übersehen, ob die Halle weitere Veranstaltungen durchführen wird, was natürlich im Interesse des Sports und besonders der rheinischen Sportler zu bedauern wäre. Man muß nunmehr abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Es verlautet schon von anderer Seite, daß evtl. von Berlin aus Interesse für die Halle laut wurde, aber Positives war bis zur Stunde noch nicht zu erfahren.

Sitzung der Amtsvertretung Kierspe.

Kierspe, den 10. Jan. 1930.

Im Sitzungssaale des Amtshauses fand am Donnerstag nachmittag die erste Sitzung der Amtsvertretung von Kierspe statt. 1. Gültigkeitserklärung der vorgenommenen Amtsvertreterwahl. Bürgermeister Hiltbrandt begrüßte die neuen Mitglieder und betonte, daß die Vertreter wichtige Aufgaben zu erfüllen hätten. Hervorzuheben sei darunter die Verwaltungsreform, die ja bald kommen solle, wodurch evtl. das Amt Meinerzhagen und das Amt Kierspe vereinigt würden. Da kein Einspruch gegen die Wahl eingegangen und von seiten der Vertreter auch kein Einspruch erhoben wurde, konnte die Wahl für gültig erklärt werden. 2. Einführung der Amtsvertreter: Bürgermeister Hiltbrandt verweist die Vertreter auf die bereits in der Gemeindevertretung erfolgte Verpflichtung und da sich die Herren alle in der Gemeindevertretung befinden, mache sich eine nochmalige Verpflichtung überflüssig; denn jedem Vertreter dürfe seine Verantwortung bewußt sein. 3. Neuwahl von 3 Amtsbeigeordneten: Bürgermeister Hiltbrandt schlug Wiederwahl der bisherigen Beigeordneten Fritz Bauhage, Kapitän Buchholz und Heinrich Plate vor. Vertreter Reppel betonte, daß Wahlvorschläge eingegangen seien und auf Grund der Verhältnisse geheim abgestimmt werden müsse. Mit 5:3 Stimmen wurden gewählt: Heinrich Plate (Liste der bürgerl.) Fritz Schuster, Kierspe-Bhf. (Liste der SPD.) Kapitän Buchholz, Könsahl (Liste der bürgerl.) Die Wahl des Steueraussschusses muß wegen Erlaß von Spezial-Gesetzen unterlassen werden. 4. Neuwahl der Vertreter zum Miets-einigungsamt: In geheimer Wahl wurden mit 5:2 Stimmen gewählt: für Kierspe F. W. Sure-Kierspe-Bhf., F. W. Plate-Kierspe, Heinz Schmidt-Felderhof, Willi Heller-Kierspe-Bhf. für Könsahl: Beber, Aldermann, Fritz Gogarten und Herm. Schafe. 5. Neuwahl der Finanzkommission: Die eingereichten Wahlvorschläge wurden zurückgezogen und durch Zufall gewählt: Otto Meier-Kierspe-Bhf. (bürgerl.) Fritz Gogarten-Könsahl (bürgerl.) und Carl Pelz-Wilbringhausen (SPD). 6. Formeller Beschluß zur Abtretung eines Bauplatzes. Gegen die Abtretung des Bauplatzes an Emil Kleine hat die Vertretung nichts einzubringen. 7. Reklamewesenunterstützung. Die von einem aus-

wärtigen Unternehmen für diesen Zweck erbetenen Mittel wurden nicht bewilligt. 8. Beitrag zur Reliefkarte für das Sauerland. Dem S. G. B.-Verlag wurde für die Herausgabe einer Reliefkarte für das Sauerland zum Aushängen auf Bahnhöfen usw. ein Betrag von 25 RM. bewilligt. 9. Förderung der Herausgabe alter Urkunden. Für diesen Zweck sind keine Mittel verfügbar, sodaß der entsprechende gestellte Antrag Ablehnung fand. 10. Übernahme der Infektionskosten auf das Amt wurde insofern erledigt als Vertretung mit der Übernahme der Kosten ab 1. 4. 1930 auf den Amtsetat einverstanden ist. Verschiedenes. Ein Antrag auf Erlaß der Gartenpacht von 2 RM. wurde abgelehnt. Der Antrag auf Beseitigung des glatten Treppengeländes auf der Seitentreppe des Amtshauses wurde einstweilen vertagt. Die Zahlung eines Betrages aus dem früheren gemeinsamen Arbeitsnachweis der Meinerzhagen-Stadt und Land, Halber, Kierspe und Meinerzhagen wurde abgelehnt. Die einem Beamten des Wohlfahrtsamtes entstehenden Reisekosten zum Besuch von Vorträgen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt wurden übernommen. Die Einrichtung eines Gedenk-Albums zur Aufbewahrung der Photographien der Gefallenen des Amtes Kierspe wurde einstweilen zurückgestellt. Eine geheime Sitzung schloß sich der gegen 5 Uhr beendeten öffentlichen Sitzung an.

Arbeiter und Angestellte

Düsseldorf. (Die Angestelltenverbände der Gruppe Nord-West kündigen den Rahmen-tarif.) Nach einer Mitteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten haben die Angestelltenverbände der Gruppe Nord-West das Tarifabkommen vom 1. Juni 1927 zum 31. März 1930 gekündigt. Ein Verhandlungstermin zur Besprechung der Wünsche der Angestelltenverbände ist bisher noch nicht festgesetzt worden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 9. Januar.

Schließung einer Schule wegen Masernepidemie. Vieltave (Kr. Freystadt). Hier ist eine bedenkliche Masernepidemie unter den Kindern ausgebrochen, so daß die Schule geschlossen werden mußte; über 60 Prozent der Schulkinder sind erkrankt. Bisher hat die Epidemie auch ein Todesopfer gefordert.

Papageientranke in Pommern.

Treptow a. d. Rega. In dem Ostseebad Forst bei Treptow an der Rega hat sich ein Fall von Papageientranke ereignet. Eine dort wohnende Dame hatte Anfang Dezember einen Papagei aus Hamburg geschickt bekommen; dieser starb am 22. Dezember unter den für die Papageientranke typischen Erscheinungen. Zwei Tage später erkrankte seine Besitzerin an Fieber und heftiger Lungenentzündung. Noch heute liegt sie krank darnieder.

Roheitsakt französischer Besatzungssoldaten.

Mainz. In Rechtsheim wurde der Arbeiter Joseph Fleck von drei Besatzungssoldaten überfallen und beraubt. Die Soldaten hielten ihn, während sie seine Taschen durchsuchten, den Mund zu und nahmen ihm die Geldbörse und verschiedene Gebrauchsgegenstände ab. Schließlich verletzten sie ihn mit einem Messer oder Seitengewehr drei Messerstiche in den Kopf. Die Namen der Soldaten konnten aus ihren Urlaubsscheinen festgestellt werden, so daß die Untersuchung von den französischen Behörden eingeleitet werden kann.

Aman Ullahs Rückkehr nach Afghanistan unerwünscht.

Peshawar. Nach einer hier vorliegenden Meldung sollte der König von Afghanistan, Nahir Schah, in einer Staatsaudienz, an der Vertreter verschiedener Stämme teilnahmen, mit, daß Vertreter Deutschlands der Sowjetunion und Frankreichs bereits in Kabul eingetroffen seien. Der König fügte hinzu, daß Vorstellungen erhoben worden seien, um dem früheren König Aman Ullah die Rückkehr nach Afghanistan zu ermöglichen. Die Vertreter der Stämme legten hiergegen heftigen Protest ein und die Teilnehmer der Staatsaudienz faßten einen Beschluß, wonach König Aman Ullah eine Rückkehr nach Afghanistan unter keinen Umständen gestattet werden solle.

Wiederaufnahme der Saarverhandlungen.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen werden, wie Savas mitteilt, am 15. Januar in Paris wieder aufgenommen werden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Statt jeder besondern Anzeige.



Heute morgen ist meine liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau San. - Rat Dr. Deisting

Anna geb. Rose

im Alter von 76 Jahren sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Otto vom Braucke u. Frau
geb. Deisting

Werner Schmidtman

Manon Rose.

Kierspe, den 9. Januar 1930.

Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 12. Januar, um 15^{1/2} Uhr vom Trauerhause nach dem Friedhof in Kierspe statt.
Beileidsbesuche dankend. verboten.

Statt besonderer Anzeige.



Schlafe wohl, du treues Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz,

Heute morgen, 1^{1/2} Uhr, entschlief sanft nach langem, schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ww. Wilh. Fastenrath

Adeline geb. Schier

im Alter von 71 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nieder-Herweg, Lüdenscheld, Oberbrügge, Schmidtsiepen und Aplerbeck, den 10. Jan. 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 13. Jan. nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kondolenzbesuche dankend verboten.

Trauerdrucksachen

liefert schnellstens

Buchdruckerel Wilh. Bell jr.,
Telefon 42 Halber. Telefon 42

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halber. Sonntag, den 12. Jan. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Taufen Kinder-gottesdienst. Dienstag ab 8 Uhr Kirchenchor Jahresversammlung, Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag ab 8.30 Uhr Kirchl. Psalmenchor.

Ev. Vereinshaus Halber. Sonntag, 12. Januar. 4.30 Uhr Bibelstunde. 5.30 Uhr Frauen- und Jungfrauenverein. 8 Uhr Jünglingsverein Unterhaltung. Montag 8 Uhr Jünglingsverein Turnen. 8.30 Uhr Jungfrauenverein Unterhaltung. Dienstag 8.30 Uhr Sitzung des Gemeindeforstandes. Mittwoch 4 Uhr Missionshandelsstunde. 8.30 Uhr Jünglingsverein Bibelbesprechung. Freitag 8.30 Uhr Männerchor. Samstag 8.30 Uhr Gebetsstunde.

Blaukreuzverein. Sonntag, den 12. Januar nachm. 3 Uhr, Bibelstunde. Leporin Lüdenscheld, Donnerstag abends 8.30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halber. Sonntag, 12. Jan. 8 Uhr Frühmesse mit Predigt. 10.15 Uhr Hochamt, 2.30 Uhr Andacht.

Ev. Kirchengemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottesdienst 5 Uhr Generalversammlung des ev. Vereins im Konfirmandensaal, Dienstag 3.30 Uhr Generalversammlung der Frauenhilfe im Konfirmandensaal für Ahelle, Brügge, Vörsenbach, Dillinghausen, Dienstag 8.30 Uhr Jugendverein. Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal. 8 Uhr Psalmenchor. 9 Uhr Kirchenchor.

Ev. Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottesdienst 5.30 Uhr Blaukreuzstunde. 8 Uhr Gemeindefeststunde. Montag 8 Uhr Männerchor. Dienstag 8.30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8.30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8.30 Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst, Freitag 8 Uhr Männer- und Jünglingsverein, Generalversammlung. Sonnabend 8.30 Uhr Gemischter Chor.